

Rheinberger STATT Nachrichten



Mai 2018

Aus der Fraktion

Fixierung auf den Autoverkehr

Schnelles Fahren contra Sicherheit und Ruhebedürfnis

*In fast allen Rheinberger Ortsteilen begehren Bürger*innen mit dem Anliegen auf, den Autoverkehr auf den Ortsdurchgangsstraßen zu bremsen und so die Gefahren für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen und den Lärm für die Anwohner zu mindern.*

Ob in Vierbaum, Orsoyerberg, Annaberg, Millingen, Ossenbergl, Borth oder in Wallach: Überall fühlen sich Bürger*innen – nicht nur die Älteren und die Kinder – durch den Autoverkehr, der das Geschwindigkeitslimit von 50 km/h ohne Rücksicht auf die gebotenen Sicherheitsabstände ausschöpft oder gar überschreitet, gefährdet und/oder lärmgeplagt – man muss nur nachfragen.

Der Bürgermeister und seine Verwaltung unternehmen von sich aus fast nichts („Wir kennen die Sorgen!“) und „mauern“ bei der Abarbeitung der vielfältigen Anträge auf Temporeduzierung oder bremsender Umbauten, die vor allem und seit langem von den GRÜNEN eingebracht worden sind. Tempo 30 aus Lärmschutzgründen auf der Baerler Straße nachts und auf der Alpener Straße konnten nur nach „hartem Ringen“ durchgesetzt wer-

den; ein Zebrastreifen sowie Tempo 30 auf der Römerstraße waren viele Jahre streitig und wurden von der Verwaltung nicht akzeptiert.

Die Verwaltung verschanzt sich hinter Verwaltungsvorschriften und –richtlinien, die aber nur ein Gerüst für die Anwendung des Ermessens als Straßenverkehrsbehörde darstellen. Sie ist damit zufrieden, dass im Durchschnitt aller gemessenen Fahrzeuge die höchstzulässige Geschwindigkeit von 50 km/h nicht oder „nicht wesentlich“ überschritten wird. Dabei verkennt sie, dass sie nach der StVO (§ 45 Abs. 1) die Gefahren für die Sicherheit aller anderen Verkehrsteilnehmer und das Interesse der Autofahrer am schnellen Fahren (Verkehrsinteresse) abwägen und insoweit ihr Ermessen kennen und ausüben muss. Da würde es schon helfen, wenn sich die Verwaltungsleute mal einen Vormittag an die Straßen stellten und beobachteten, wie eine bis 50 km/h ausgereizte Fahrgeschwindigkeit der Kfz bei den Fußgängern, die die Straße überqueren wollen, und Radfahrern „ankommt“. Die vielen Bürger, die uns unterstützen und selber aktiv werden, haben das schon begriffen; die Verwaltung wartet dagegen, bis Unfallzahlen vorliegen.

„Verkehr“ funktioniert nicht bei möglichst hoher Geschwindigkeit der Fahrzeuge, sondern bei gleichmäßigerem Fluss und mehr Sicherheitsabstand zwischen langsameren und schnelleren Verkehrsteilnehmern.



Sachkundiger Bürger
Fritz Ettwig
kritisiert die
Fixierung auf
den Autoverkehr
in Rheinberg



ETAPPENZIEL ERREICHT: Tempo 30 wird im nördlichen Teil der Baerler Straße zwischen Ortseingang aus Richtung Budberg und der Kreuzung Schwarzen Adler eingeführt – und zwar für die Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr – aus Lärmschutzgründen. Für die Verwaltung ist das Aufstellen von Tempo-30-Schildern allein jedoch nicht ausreichend. Sie hält bauliche Maßnahmen für erforderlich, damit die Geschwindigkeitsbegrenzung eingehalten wird.

Wir plädieren weiterhin dafür, auch in den anderen Teilen Vierbaums Tempo 30 einzuführen: auf dem südlichen Teil der Baerler Straße, dem Reitweg und Kuhdyk und in der Bauernschaft „Alt-Vierbaum“.

SEIT FAST SIEBEN JAHREN IN DER DISKUSSION: Ein Zebrastreifen für die Römerstraße an der vielfrequentierte Stelle beim Ärzte- und Apothekerhaus. Nicht stark genug frequentiert, so argumentiert die Verwaltung, erst ab fünfzig Querungen je Stunde könnte ein Zebrastreifen angelegt werden. Die GRÜNEN haben nachgezählt und kamen auf mehr als fünfzig Querungen. Auch Tempo 30 wird an dieser Straße gefordert, die mit rund 6.000 Fahrzeugen am Tag recht stark befahren ist. Insbesondere das Parken und Rangieren rund um die Versorgungseinrichtungen führt zu immer wieder heiklen Situationen. Aber auch das gibt nach Meinung der Verwaltung keinen Anlass für Tempo 30. Nun soll über eine Lärmmessung eventuell doch die Temporeduzierung erreicht werden. Die GRÜNEN sehen dennoch weiterhin Möglichkeiten, mit einem Zebrastreifen eine kostengünstige und auch optisch wirksame Lösung für die querenden Fußgänger*innen zu schaffen.

Mit einer symbolischen Aktion mit Zebrastreifen-Umhängen und Tempo-30-Shirts machten wir auf den Handlungsbedarf an der Römerstraße aufmerksam.



Luftschadstoffe belasten uns alle!

Ein europäisches Forschungsprojekt (ESCAPE) hat die Langzeitwirkungen von Luftschadstoffen über einen Zeitraum von rd. 13 Jahren untersucht. Die Ergebnisse machen betroffen: Feinstaub, Stickoxide und Dieselruß belasten zunehmend die Bevölkerung, ein um 22 % erhöhtes Risiko für Lungenkrebs wurde festgestellt, ebenso gesundheitlich nachteilige Wirkungen auch unterhalb der bestehenden gesetzlichen Grenzwerte. Die Folge: dramatische Zunahme von Herz-Kreislauf- und chronischen Atemwegs-Erkrankungen. Nach einer Studie des Umweltbundesamtes (UBA) steht die Luft-Belastung mit Stickstoffdioxid in Zusammenhang mit Krankheiten wie Diabetes mellitus, Bluthochdruck, Schlaganfall, COPD und Asthma. Deutlich schädlicher für die Gesundheit ist nach wie vor die Feinstaub-Belastung: Das UBA spricht von rund 41.000 vorzeitigen Todesfällen jährlich in Deutschland!

Fazit: Wir brauchen schnell verkehrspolitische Konsequenzen. Städte und Gemeinden müssen Maßnahmen ergreifen, die Luftqualität zu verbessern, um unser aller Gesundheit zu schützen!

HILFE für die INKLUSION!

*Auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion wurde mit Unterstützung von SPD und LINKEN im Rat der Stadt Rheinberg eine zusätzliche städtische Unterstützung für den Einsatz von Inklusionshelfer*innen in Höhe von insgesamt 125.000 Euro für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 beschlossen.*

Dadurch können im Schuljahr 2018/19 ergänzend ca. 60 Wochenstunden qualifizierter Unterstützungsleistung für unsere Schulen und für deren besonders förderbedürftige Schüler*innen bereitgestellt und die Lehrkräfte erheblich entlastet werden. Allerdings bleiben wir noch unter dem von den Grund- und weiterführenden Schulen angemeldeten Bedarf, der stetig wächst und die Schulen vor große Herausforderungen stellt.

Nun fragen sich einige, wie etwa die CDU-Fraktion: Warum nehmen wir für diese „freiwillige Leistung“ überhaupt kommunales Geld in die Hand? Und das

auch noch in Zeiten der Haushaltssicherungszwänge, obwohl es sich hierbei doch eigentlich um eine Landesaufgabe handelt und obwohl der Bund zudem in der Pflicht steht, für Inklusionserfordernisse zugesagte Mittel auszuschiütten? Ja, wer die Musik bestellt, der sollte sie auch zahlen! Diesen Grundsatz tragen auch wir Rheinberger GRÜNEN mit. Aber: Was tun, wenn diese Mittel nicht kommen oder die Zuwendungen deutlich kleiner ausfallen als erforderlich?

Dann gilt der Satz der ehemaligen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: „Wir können es uns nicht leisten, Kinder zurück zu lassen!“ Und dann müssen den unzähligen Sonntagsreden von „Bildung, Bildung, Bildung“ auch Taten folgen und es muss investiert werden – nicht nur wegen der problematischen demografischen Entwicklungen in unserem Lande.

Gute Startchancen dürfen nicht von der sozialen oder nationalen Herkunft abhängig sein.

Doch das ist in Deutschland leider noch die Regel, wie es uns etwa die OECD alljährlich vorhält.

Inklusion ist das Zauberwort – Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Miteinander für alle! Es geht dabei bei weitem nicht nur um

Geflüchtete, um Behinderte, um Menschen mit Migrationshintergrund, um Kinder aus finanziell wenig begüterten Familien, sondern um alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Und davon gibt es auch in Rheinberg etliche. Unsere Grundschulen, die Europaschule und das Amplonius-Gymnasium konstatieren diesen Bedarf für insgesamt deutlich über 200 Kinder!

Für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Lehrkräfte be-

nötigen wir ein interdisziplinäres Teamwork (Sonderpädagog*innen, Schulsozialarbeiter*innen und -psycholog*innen, Integrations- und Inklusionshelfer*innen) an den Schulen!

Kaum einer bestreitet die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit dieser Maßnahme, aber kosten sollte es möglichst wenig. Das funktioniert nicht! Deshalb sind wir bereit, in Vorleistung zu gehen, appellieren aber weiter an Bund und Land, für die geforderten Aufgaben auch die finanziellen Mittel bereitzustellen.



Ratsmitglied
Dietmar Heyde
appelliert an Bund und Land, für die Inklusion finanzielle Mittel bereitzustellen.

Bauen und Wohnen in Rheinberg

Wie und wo wohnen im Alter?

In Rheinberg leben zurzeit etwa 31.800 Menschen (Stand 9/2017). Davon sind 21% älter als 65 Jahre. Die größte Gruppe bilden die 50- bis 65-jährigen mit 26%. Diese Zahlen gehen aus einer Bevölkerungsprognose hervor, welche die Verwaltung in Auftrag gegeben hat. Für das Jahr 2030 wird ein Bevölkerungsanteil von 33% für die über 65-jährigen prognostiziert – fast genau so viel wie für die 18- bis 50-jährigen (34%). Das heißt, Rheinberg wird immer älter. Darauf muss die Stadtplanung reagieren.

Zuletzt wurde in Rheinberg viel gebaut – Bebauungsplan Nr. 9, Bebauungsplan Nr. 12, Bebauungsplan Nr. 50; der neue Bebauungsplan Nr. 13 in Vierbaum soll weiteren Wohnraum schaffen. Vielen der Bebauungspläne stehen die GRÜNEN sehr kritisch gegenüber. Nicht nur, weil wir es für ökologisch falsch halten, immer mehr Fläche zu versiegeln und der Natur zu nehmen, sondern auch, weil allein Wohnraum für „Häusle-Bauer“ geschaffen wurde. Er-

schwinglicher Geschosswohnungsbau für Menschen mit geringem Einkommen? Fehlanzeige! Barrierefreier Wohnraum für Seniorinnen und Senioren? Fehlanzeige! Sozialer Wohnungsbau? Fehlanzeige!

Gemeinsam mit der SPD wollen wir mit dem Bebauungsplan Nr. 56 am Annaberg dem entgegensteuern. In dem Bebauungsgebiet sind sowohl Mehrfamilienhäuser im sozialen Wohnungsbau, als auch Einfamilienhäuser geplant. Hier ist allerdings die Lärmproblematik an der Autobahn weiter zu untersuchen.

Auch in der Innenstadt wird in die Zukunft gedacht. Für das Hotel Rheintor ist ein Gebäudekomplex mit barrierefreien Zugängen und altengerechten Wohnungen geplant. Dies hätte den großen Vorteil der zentralen Lage und damit der kurzen Wege für die dort in Zukunft lebenden Seniorinnen und Senioren.

Dies sind erste richtige Schritte. Nun müssen wir dafür sorgen, dass diese Dynamik nicht abebbt.

Wir brauchen die richtige Balance zwischen Wohnungen und Häusern für junge Familien egal welchen Einkommens und erschwinglichen, barrierefreien Wohnungen in zentraler Lage für Seniorinnen und Senioren.



Sachkundige Bürgerin
Monika Wehling
fordert erschwinglichen Wohnraum für Seniorinnen und Senioren

Was tut sich für Kinder und Jugendliche in Rheinberg?

Das neue Kindergartenjahr steht vor der Tür. Und wieder ist die Situation in Bezug auf freie Plätze angespannt. Entspannung verspricht derzeit der Umstand, dass sowohl in Rheinberg Ossenberg als auch in Rheinberg Mitte neue Einrichtungen entstehen sollen.

Hier wird es für die Verwaltung allerdings wieder höchste Zeit. 40 Plätze waren schon für Ende 2017 in Ossenberg geplant. Bislang konnte aufgrund von baulichen Verzögerungen noch kein einziger besetzt werden. Für die neue Einrichtung in Rheinberg wird nach einem Träger gesucht. Dann sollen dort auch weitere 60 Ü3 und 15 U3-Plätze entstehen. Dies wird mit Sicherheit nötig sein, da die aktuelle Tendenz der Geburten im Stadtgebiet steigend ist.



Ratsmitglied
Svenja Reinert
sorgt sich um fehlende Kindergartenplätze

Die Verwaltung tut gut daran, hier mit Nachdruck an die Schaffung von Plätzen heranzugehen. Sonst ergibt sich die gleiche Situation wie in 2017, in welcher ca. 30 Kinder nicht optimal versorgt werden konnten und mit Recht verärgerte Eltern tröstet werden mussten. Wir werden dies kritisch begleiten.

Spielplätze

Ein weiteres Thema beschäftigt uns, die Verwaltung und den Jugendhilfeausschuss schon seit den letzten Monaten: die Spielflächenbedarfsplanung. Alle Spielplätze kommen auf den Prüfstand. Sind sie noch zeitgemäß, sicher, werden sie bespielt? Ziel ist es, Flächen qualitativ aufzuwerten. Dabei werden Kinder und Jugendliche bei der Planung beteiligt. Das sollten sie sich nicht nehmen lassen. Denn es geht um die Planung ihrer Freizeitflächen, und da ist selbstverständlich ihre Meinung gefragt.

Beachvolleyball am Pulverturm – eine offensive Initiative

Die Bürgerinitiative Rund um den Pulverturm, mittlerweile ein gemeinnütziger Verein, setzt sich bekanntlich für die denkmalbewusste Weiterentwicklung des Stadtburgareals rund um den Pulverturm ein. Schon einige schöne Aktionen des Vereins haben in den vergangenen anderthalben Jahren der Bevölkerung im Stadtkern und den Besuchern der Altstadt vermittelt, welch attraktives, für Naherholung und Geschichtsbewusstsein gleichermaßen interessantes Areal unmittelbar am Übergang von der historischen Altstadt in die Rheinberger Auen (übrigens ein Naturschutzgebiet!) unsere Stadt dort hat.

Für das Jahr 2018 hat der Verein die kreative Idee präsentiert, auf der Wiese am Pulverturm, zwischen dem dort bereits vorhandenen Spiel- und Bolzplatz, ein öffentlich nutzbares Beachvolleyballfeld anzulegen. Bevor das Gelände frühestens 2020 im Zuge des städtischen integrierten Handlungskonzeptes einer neuen wertvolleren Gestaltung zugeführt wird, soll es Jung und Alt als Sport- und Spielmöglichkeit in zentraler und sehr geeigneter Lage dienen.



Sachkundiger Bürger Ralf Winstroth setzt sich für ein Beachvolleyballfeld am Pulverturm ein

Hierzu wurde die Stadt gebeten, für den von der Initiative auf rund 17.000 Euro geschätzten maximalen Kostenrahmen, für den mit der Sparkasse am Niederrhein bereits ein Großsponsor gefunden wurde, einen Zuschuss von bis zu maximal 5.000 Euro zu bewilligen, um mit diesem Rückhalt weitere Sponsoren zu gewinnen.

Die GRÜNE Fraktion hat diese Idee, die auch beim Bürgermeister und der Verwaltungsspitze auf positive Resonanz gestoßen war und zu einer positiven Beschlussvorlage an den Rat für dessen Sitzung am 6. März 2018 geführt hat, gerne unterstützt. Solche bürgerschaftlichen Projekte sind es, die eine Gemeinschaft bilden und für die Stadt etwas bewegen können.

Bürokratische Bedenken der SPD-Fraktion

Im Rat wurde allerdings, unter anderen durch die bürokratischen Bedenken der SPD-Fraktion, der Vorstoß der Bürgerinitiative unnötig in die Warteschleife geschickt. Der Zuschuss wurde zwar von der Mehrheit bewilligt, aber zugleich gesperrt, bis der Sportausschuss, der allerdings erst am 9. Juni 2018 das nächste Mal tagt, das Vorhaben auch wirklich gutheißt. Zu der Zeit sollte, nach dem ambitionierten Zeitplan der Initiative, eigentlich schon kräftig der Ball geschmettert werden. Hoffen wir, dass das schöne Vorhaben jetzt nicht ganz ver-



sandet und die Akteure des Vereins im Wortsinne „am Ball bleiben“.

Die Initiative selbst hofft auf Sportsgeist, Tempo und Pragmatismus. Besser, die politischen Bedenkenträger vom 6. März 2018 kommen zum ersten Turnier statt das Thema weiter zu zerreden, wurde

uns aus deren Kreisen zugetragen. Zum Rückspiel auf einem Beachvolleyballfeld im Underberg-Bad, welches nun überraschend ins Spiel gebracht wurde, sei man gerne bereit. Auch das wäre ein toller Standort für diesen schönen Sport, aber eben nicht für Jeden und Jede und auch nicht ganzjährig zugänglich.

Lob an die Verwaltung:

Grün entwickelt sich in Rheinberg

Bei aller Kritik an der Verwaltung (siehe andere Artikel dieser Ausgabe): Was die Verwaltung im letzten Umweltausschuss als Synthese aus verschiedenen Anträgen zur Artenvielfalt vorgelegt hat, findet unsere volle Zustimmung.

Darin enthalten ist unter anderem auch ein GRÜNEN-Antrag, städtische Grünflächen in artenreiche Wildblumenwiesen umzuwandeln (wir berichteten). Die SPD sattelte mit einem Antrag zu bienenfreundlichen Städten („Rheinberg summt“) auf. Zu letzterem hat sich nun bereits im zweiten Jahr eine erfreulich hohe Bürgerbeteiligung entwickelt; die Menschen informieren sich und erarbeiten in Arbeitsgruppen Möglichkeiten, die eigenen (Vor-)Gärten bienenfreundlich zu gestalten. Auch enthalten ist ein zuletzt von den GRÜNEN gestellter Antrag, die Möglichkeiten der Bepflanzung von Straßenbanketten und Ackerrandstreifen darzustellen und umzusetzen.

Das alles hat die Verwaltung zum Anlass genommen, ein Konzept „Artenvielfalt für

Rheinberg“ vorzuschlagen, das mehrere Bausteine enthält: (bei ris.rheinberg.de unter Vorlagennummer 109/2018 zu finden).

Unsere Anträge zur Bepflanzung von Straßenrändern und zu Blühwiesen hat die Verwaltung darin ebenso aufgegriffen wie die Fortführung des Projektes „Rheinberg summt“ unter intensiver Einbeziehung der Engagierten.

Ein Baustein der Verwaltung ist jedoch besonders hervorzuheben und zu begrüßen: Wird der Natur durch Baumaßnahmen (zum Beispiel ein Bebauungsplan) Raum genommen, werden ökologische Ausgleichsflächen notwendig. Diese sind in der Vergangenheit häufig mit Streuobstwiesen bepflanzt worden. Deren ökologisches Potenzial zur Erhöhung der Artenvielfalt ist allerdings gering; es fehlt der Umgebung an notwendiger vielfältiger Fauna. Gemeinsam mit der Biologischen Station Wesel sollen nun die größten Streuobstwiesen in Rheinberg durch das Ausbringen von Saatmischungen zu ökologisch wertvollen, artenreichen – also tat-



Ratsmitglied Simon Thölke lobt die Verwaltung für das Konzept „Artenvielfalt für Rheinberg“

sächlichen – Ausgleichsmaßnahmen entwickelt werden.

Die Verwaltung hat sich selbst einen ambitionierten Zeitplan gesetzt. Bereits in der Sondersitzung des Umweltausschusses sollen erste konkrete Vorhaben vorgelegt werden. So kann eine Basis für eine gute und vernetzte ökologische Entwicklung gelegt werden. Zu bedenken ist dabei: Bei der Durchführung dieser Maßnahmen kommt der DLB ins Spiel. Dafür braucht er ausreichend Geld! Dieses Thema wird in den nächsten Haushaltsberatungen anzu-gehen sein.

Rheinberg hat was zu bieten!

Bislang haben die Wegweiser tafeln rund um Rheinberg-Mitte herum allein kommerzielle informative Ergänzungsfelder, die auf die verschiedenen Gewerbegebiete und allenfalls die Messe Niederrhein hinweisen – von unserem schönen historischen Stadtkern ist absolut nichts zu erahnen.

Die GRÜNE Fraktion hat daher einen Antrag eingebracht, mit Wegweiser tafeln rund um den Ortskern Rheinberg herum einschließlich der Autobahn auf kulturelle, historische und touristische Attraktionen von Rheinberg hinzuweisen.

Impressum

Herausgeber: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Stadthaus Rheinberg, 47495 Rheinberg
Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen
c/o Ulla Hausmann-Radau
Grafbacher Straße 3c, 47495 Rheinberg
www.gruene-rheinberg.de, facebook: Grüne Rheinberg

Gestaltung, Satz, Bildbearbeitung und Druck:
TYPOGRAF Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14, 47475 Kamp-Lintfort
johannes.tuschen@t-online.de, www.typograf-kamp-lintfort.de

Labormobil kommt nach Rheinberg – Umweltschützer untersuchen Brunnenwasser

Nachdem letztes Jahr 120 Bürger mit ihrem Brunnenwasser an den Informationsstand in Rheinberg kamen, nimmt der VSR-Gewässerschutz auch dieses Jahr wieder Brunnenwasserproben entgegen. Der Umweltverband fand in jeder vierten untersuchten Probe Nitratkonzentrationen oberhalb des Grenzwertes der deutschen Trinkwasserverordnung von 50 Milligramm pro Liter. Ein Grund dafür sind die riesigen Mengen an Gülle, die auf die Felder aufgebracht werden.

Ob das selbst geförderte Wasser für das Befüllen des Planschbeckens, zum Gießen, als Tränkwasser für Tiere oder sogar zum Trinken geeignet ist, kann man am Labormobil des VSR-Gewässerschutz erfahren. **Es hält am Montag, dem 2. Juli 2018 auf dem Großen Markt in Rheinberg.** Wasserproben nehmen die Umweltschützer **von 9.00 bis 11.00 Uhr** am Labormobil entgegen. Wer an diesem Termin keine Zeit hat, kann die Wasserprobe dem VSR-Gewässerschutz auch zusenden.

Damit die Ergebnisse auch aussagefähig sind, sollten für die Probenahme und

Transport Mineralwasserflaschen, die zuvor mehrmals mit dem jeweiligen Brunnenwasser gespült wurden, benutzt werden. Die Grunduntersuchung auf den Nitrat-, Säure- und Salzgehalt wird gegen eine geringe Kostenbeteiligung von 12 Euro vor Ort durchgeführt. Gegen Ende der Aktion kann das Ergebnis abgeholt werden. Wer einen Brunnen besitzt und das Wasser auch auf weitere Parameter wie Eisen und Bakterien gegen Kostenbeteiligung untersuchen lassen möchte, bekommt das Ergebnis mit einer Bewertung per Post zugeschickt. Ausserdem berät das Team vom VSR-Gewässerschutz, sobald die entsprechenden Messergebnisse vorliegen, ob das Wasser zum Gießen, zum Befüllen des Planschbeckens, zum Waschen oder sogar zum Trinken geeignet ist.

Dipl.-Phys. Harald Gülzow, der Experte zum Thema Brunnenwasserqualität, beantwortet immer freitags zwischen 9.00 und 12.00 Uhr Fragen unter der Rufnummer 02831 9763342.

Weitere Informationen unter: <http://www.vsr-gewässerschutz.de/analyse>



Dipl.-Phys. Harald Gülzow im Labormobil bei einer Wasseranalyse.

Ossenberg: Ein Dorf mit einer Zukunft?

*Unbeachtet ist die Entwicklung in Ossenberg an den Bürger*innen nicht vorbei gegangen. Die zuvor vielfältigen Versorgungsmöglichkeiten im nördlichen Stadtteil von Rheinberg gingen nach und nach verloren: Aufgabe der Bäckerei, der Fleischerei, des Spielzeugladens, des Getränkemarktes, Schließung der Arztpraxis, Verlust des Donnerstagmarktes und bald auch des Sparkassenautomaten. Die Chancen der Begegnung und des Gesprächs sind in Ossenberg geringer geworden. Mühseliger und teurer entwickelt sich der Alltag, insbesondere für weniger mobile Menschen.*

Unserem Ersuchen – seit Ende des vergangenen Jahres – um Ausrichtung einer problembezogenen Bürgerversammlung durch die Stadt Rheinberg, wurde aufgrund terminlicher Zwänge nicht entsprochen, sodass wir uns zum eigenständigen Handeln entschlossen. Zu der Bürgerversammlung am 17. April im Vereinsheim an der Schlossstraße erschienen viele Ossenberger*innen, die den jetzigen Zustand so nicht hinnehmen.

Bürgermeister Frank Tatzel wurde eingeladen, blieb der Veranstaltung aus uns unbekannten Gründen jedoch fern. Es entwickelte sich eine optimistische Diskussion über die Zukunft des Dorfes. Dabei fehlte es auch nicht an analytischen Statements, welche die marktwirtschaftliche Sichtweise aufzeigten und den Erfolg von kleineren Einzelhandelsansiedlungen angesichts der Einkaufsmöglichkeiten im näheren städtischen Umfeld zumindest kritisch sahen.

Die Versammlung förderte zutage, dass es gelungen sei, den wenig besuchten Markt am Donnerstag auf den Samstag zu verle-

gen. Die Eröffnung ist am 5. Mai 2018. Zunächst hätten nur 2 Marktbesucher zugesagt, ein Obst- und Gemüsestand sowie ein Blumenhändler. Der günstigere Termin lässt jedoch auf einen vermehrten Marktbesuch und dadurch auf die baldige Erweiterung des Angebots hoffen. Die Pumpenachbarschaft „Schlossstraße Süd“ erklärte sich spontan bereit, am ersten Markttag Kaffee zum Einkauf auszuschenken, um das Verweilen zu verschönern und eine gemütliche Plauderei zu ermöglichen.

Wie die neuen Betreiber während der Versammlung bekannt gaben, wird der Friseur- und Kosmetikladen auf der Kirchstraße im Mai, spätestens im Juni, wieder-

eröffnet. Das Angebot des Inhabers der Pizzeria an der Graf-Luitpold-Straße, unter gewissen Umständen in eine kleine Nahversorgung/Bäckerei zu investieren, bedarf der baurechtlichen Überprüfung durch die Rheinberger Verwaltung.

Abschließend fanden sich spontan interessierte Teilnehmer*innen, die auch zukünftig den Prozess um den hoffentlich beginnenden Aufschwung in Ossenberg mit Rat und Tat begleiten wollen.

Die rege und konzentrierte Diskussion zur Zukunft Ossensbergs hat neue Möglichkeiten aufgezeigt. Packen wir's gemeinsam an!



Barbara Ettwig und Peter Mokros berichten über die Bürgerversammlung in Ossenberg

Der Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen zeigt am Freitag, 25. Mai 2018, um 19:00 Uhr den vielbeachteten Dokumentarfilm „The End of Meat“ in der Kulturkneipe „Schwarzer Adler“ in Rheinberg-Vierbaum, Baerler Straße 96.



Der top-aktuelle Streifen lief im Herbst letzten Jahres in den Kinos an und befasst sich mit den Möglichkeiten, wie unsere Welt aussähe, wenn wir kein Fleisch mehr äßen. Die Menschheit sei zukünftig nicht mehr zu ernähren, so die Berechnung von Zukunftsforschern, wenn die pflanzlichen Ressourcen weiter – wie die Mäster sagen – durch die Verfütterung an die sogenannten Nutztiere „veredelt“ werden.

Der Filmemacher Marc Pierschel zeigt eindrucksvoll die versteckten Auswirkungen des Fleischkonsums, untersucht die Vorteile einer pflanzlichen Ernährungsweise und wirft kritische Fragen über die zu verändernde Sicht auf Tiere in unserer Gesellschaft.

Der Eintritt ist frei!

Wir präsentieren den Film in Fortführung unserer Reihe Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit.